

**Stellungnahme der Freien Wähler zur Verabschiedung der Haushaltssatzung mit  
Haushaltsplan 2026 am 12.12.2025**

Sehr geehrter Herr Landrat Möller, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
werte Mitarbeitende der Kreisverwaltung, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die diesjährigen Haushaltsberatungen waren für uns als ehrenamtlich tätige Kreisräte ein herausfordernder Prozess. Es wurden in den Ausschüssen intensiv beraten, eine Vielzahl von Anträgen wurde eingebracht und vieles davon wurde von der Verwaltung aufgegriffen und bereits behandelt.

Zentrales Thema der Beratungen waren die im Haushaltsentwurf enthaltenen 88 Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von rund 15,7 Mio. € oder umgerechnet 3,2 %-Kreisumlagepunkte. Dass in diesem Sparpaket auch etliche Projekte mit 3.2 Mio. € wie die Sanierung der Westfassade des Landratsamtes oder verschiedene Sanierungen im Berufsschulzentrum Geislingen enthalten sind, die in die Zukunft verschoben werden, ist uns Freien Wähler bewusst.

Besonders brisant sind die Vorschläge bei verschiedenen weisungsfreien Pflichtaufgaben im Sozial- und Jugendbereich die Zuschüsse zu kürzen oder gar ganz zu streichen, mit einem Volumen von rund 3,6 Mio. €, was rund einem Viertel des Sparpakets entspricht. Dass dies den Widerstand und den Unmut der davon betroffenen Träger hervorrufen würde, war allen Beteiligten klar.

Für uns Freie Wähler ist eine zwingende Vorgabe, dass die Kreisumlage stabil bei 36 v. H. bleibt mit Rücksicht auf die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Dass trotz gleichbleibendem Hebesatz der Landkreis 15 Mio. € mehr Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr einnimmt, ist zwar erfreulich, wird aber getrübt durch die Tatsache, dass der Landkreis Göppingen beim Kreisumlageaufkommen pro Einwohner unter den 11 Landkreisen im Regierungsbezirk Stuttgart den vorletzten Platz einnimmt.

Das ist Ausdruck der unterdurchschnittlichen Steuerkraft, die der Landkreis aufweist. In diesem Punkt müssen wir kreispolitisch im Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden in den nächsten Jahren tätig werden.

Bestand bei der Haushaltseinbringung noch die Hoffnung, dass sich bis zur Verabschiedung des Etats noch erhebliche Verbesserungen ergeben werden, so wurde dies mit der Vorlage der Änderungsliste vom 13.11.2025 mit einem Schlag zunichte gemacht. Denn im aktualisierten Wirtschaftsplan der AFK GmbH wurde ein Defizit mit weiteren 4,5 Mio. € angemeldet, wovon nur die Hälfte mit 2,25 Mio. € im Haushalt 2026 berücksichtigt ist.

Außerdem hat sich gezeigt, dass das Defizit des laufenden Haushaltsjahr 2025 noch größer sein wird als ursprünglich angenommen. Ging man noch von einem planerischen Defizit von 9,14 Mio. € aus, brachte der zweite Finanzzwischenbericht die Ernüchterung mit -16,19 Mio. €. Aufgrund der Fortschreibung wird es nun bei fast 16,8 Mio. € liegen.

Unter diesen mehr als ungünstigen Voraussetzungen für einen ausgeglichenen und genehmigungsfähigen Kreishaushalt waren wir dann gefordert, eine sozialverträgliche und ausgewogene Lösung zu den Sparvorschlägen im Sozial- und Jugendbereich zu finden.

Nach intensiven fraktionsinternen Beratungen haben wir uns in Abstimmung mit den Fraktionen der CDU und FDP auf den gemeinsamen Antrag verständigt, bei den Angeboten für die Drogen- und Suchtberatung, beim Zuschuss der Ehe- und Familienberatungsstelle sowie bei der psychologischen Familien- und Lebensberatungsstelle jeweils um 20% zu kürzen.

Bei der Schwangerschaftskonfliktberatung soll der Zuschuss auf Vorschlag von pro familia auf 15.000 € reduziert werden.

Die Förderung der Schulsozialarbeit soll um die Hälfte reduziert werden mit, um den Interessen der davon betroffenen Schulträgern Rechnung zu tragen. Die Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen und an den SBBZ soll im bisherigen Umfang gefördert und fortgeführt werden.

Wir bedanken uns ausdrücklich bei den beiden genannten Fraktionen, dass sie diesen Kompromiss mittragen.

Diese Änderungsvorschläge tragen die Handschrift von uns Freien Wähler. Denn wir sind der Auffassung, damit eine tragfähige Lösung gefunden haben:

Im Spagat zwischen den Sachzwängen des Kreishaushalts, den Belangen der Städte und Gemeinden und den Interessen der davon betroffenen Wohlfahrtsträgern.

Damit wird kein sozialer Kahlschlag gemacht und wir halten diese Kompromissvorschläge kreispolitisch politisch für verantwortbar und für die Träger wirtschaftlich zumutbar. Auch die Finanzierung dieser Änderungsvorschläge über die Ergebnissrücklage ist angesichts der finanziellen Sachzwänge für uns vertretbar.

Denn unser gemeinsames Ziel ist und bleibt es, in diesem neuen Miteinander die Konsolidierung mit einer von Realismus und Augenmaß geprägten Sparpolitik fortzusetzen.

Alles in allem bleibt für uns als Freie Wähler die bittere Erkenntnis, dass an dem von LR Möller und der Verwaltung eingeschlagenen Spar- und Konsolidierungskurs kein Weg vorbeiführt. Denn LR Möller hat in dem Konsensgespräch mit Fraktionsvertretern zum Haushaltsentwurf 2026 am 14.11.2025 betont, dass er gedanklich schon die nächste Sparrunde im Blick auf das Haushaltsjahr 2027 vorbereitet.

Angesichts der eher düsteren Entwicklung in vielen Geschäftszweigen im Landkreis ist zu befürchten, dass dann womöglich noch härtere Einschnitte die Folge sein werden.

Deswegen werden wir dem vorliegenden Haushalt 2026 zustimmen und werden die Konsolidierungsmaßnahmen mit den Einsparungsvorschläge, wohlwissend dass sie für die Betroffenen teilweise schmerzhaft sind, so mittragen.

Denn für uns Freie Wähler ist sparsames Wirtschaften kein Selbstzweck, sondern:

**SPAREN HEISST ZUKUNFTSORIENTIERT VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN!**

Der Verwaltung und den anderen Kreistagsfraktionen danke ich für die konstruktiven Beratungen und Beiträge zur Verabschiedung des Kreishaushaltes 2026 und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Fraktionen der CDU, der Freien Wähler und der FDP

Wir, die Fraktionen der CDU, der Freien Wähler und der FDP, stellen zum Kreishaushalt 2026 gemeinsam folgende Anträge:

1. Zur HHK-Liste **Nr. 5: Förderung Schulsozialarbeit**  
Die Förderung der Schulsozialarbeit auf 50% zu reduzieren.
2. Zur HHK-Liste Nr. **37: Förderung der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen und SBBZ**  
Die Förderung der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen und SBBZ in gleicher Höhe fortzusetzen.
3. Zur HHK-Liste **Nr. 7: Zuschuss Drogen- und Suchtberatung**  
Den Zuschuss um 20% zu reduzieren
4. Zur HHK-Liste **Nr. 14: Zuschuss Ehe- und Erziehungsberatungsstelle**  
Den Zuschuss um 20% zu reduzieren.
5. Zur HHK-Liste **Nr. 30: Zuschuss psychologische Familien und Lebensberatungsstelle**  
Den Zuschuss um 20% zu reduzieren.
6. Zur HHK-Liste **Nr. 50: Zuschuss Schwangerschaftskonfliktberatung**  
Den Zuschuss, wie von pro familia vorgeschlagen, auf 15.000 € zu reduzieren.

Zur **Gegenfinanzierung** der Anträge sind entsprechende Mittel für das Jahr 2026 aus der Rücklage zu entnehmen.

Damit ist eine Gegenfinanzierung gegeben, um die Kreisumlage bei 36,0 Prozentpunkten belassen zu können. D.h. wir entlasten die Kommunen im Bereich der Kreisumlage, ohne freiwillige Beratungsstrukturen im sozialen Bereich aufzugeben.

**Weitere Begründungen erfolgen mündlich.**

gez.

Wolfgang Rapp  
(CDU)

Hans-Rudi Bührle  
(Freie Wähler)

Oliver Strommer  
(FDP)